

Interview mit Marie Müser

Peer Oehler führte das Interview für die Deutsche Polizei.

DP: Vielen Dank für Ihre Zeit. Sind wir überhaupt Ihre Zielgruppe?

Marie Müser: Ja, das würde ich schon sagen. Wir haben den Anspruch, Politik für alle zu machen und stehen Gewerkschaften ja auch sehr nahe. Und die Polizei ist ein wesentlicher Akteur in unserem Rechtsstaat.

DP: Was glauben Sie, welches Standing die Grünen in der Polizei haben?

Marie Müser: Das wird sich ambivalent darstellen. Es gibt sicherlich Polizisten, die uns wohlgesonnen sind und andere sind vielleicht etwas kritischer. Aber wir haben eben auch Polizisten in unseren eigenen Reihen. Einer kandidiert sogar auf der Europaliste.

DP: Ihnen wird ja nicht verborgen geblieben sein, dass der grünen Politik auch eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird. Wollen Sie Gutes und einige verstehen es nur nicht?

Marie Müser: Wenn das so ist, dann sind wir in der Verantwortung, noch stärker in den Dialog zu treten, das Verständnis zu stärken und in den eigenen Reihen zu diskutieren, woran es liegen kann.

DP: Es ist doch Ihr Ziel, diese Gesellschaft in bestimmten Dingen stark zu wandeln und der Gesellschaft hinsichtlich ihres Konsumverhaltens auch mal einen Spiegel vorzuhalten? Sind Sie eventuell zu unempathisch?

Marie Müser: Wir wollen in vielen Bereichen grundsätzliche Veränderungen erwirken. Natürlich müssen wir bei Klima- und Umweltschutz vorankommen. Wir setzen dabei aber nicht primär bei den individuellen Konsumentscheidungen an, sondern wollen einen politischen Rahmen, in dem Menschen sich dann klimafreundlicher fortbewegen oder er-

nähren können. Einige Menschen haben Sorge vor Veränderungen, aber viele Menschen sehen auch, dass es Veränderung braucht. Problematisch ist, dass wir gerade sehr, sehr große Transformationsprozesse in der Gesellschaft haben und gleichzeitig eine politische Kultur, die sehr verroht ist.



Foto: Benjamin Jenak



DP: Die Ausübung des Versammlungsrechts ist in Sachsen kaum noch ohne Polizei denkbar. Warum hat es diese Gesellschaft verlernt, in Konflikten miteinander klarzukommen, und haben die Grünen einen Beitrag zu dieser Eskalation geleistet?

Marie Müser: Finden Sie, dass in Sachsen zu wenig über das Versammlungsrecht gesprochen wird?

DP: Ganz im Gegenteil. Ich hoffe nur, dass Sie mir zustimmen, dass es nicht Kern

des Versammlungsrechts ist, dass jeder Meinungsstreit polizeilich betreut werden muss.

Marie Müser: Ja, da stimme ich zu. Aber es ist in einem Rechtsstaat auch Aufgabe der Polizei, dafür zu sorgen, dass alle Versammlungsteilnehmer die Möglichkeit haben, ihre Meinung in einem friedlichen Rahmen zu äußern.

DP: Dann kommen wir mal etwas mehr zur Polizei. Finden die Grünen, dass die Polizei in Sachsen, gemessen an ihren Aufgaben, ausreichend mit Personal ausgestattet ist?

Marie Müser: Wir begrüßen natürlich die Aufwüchse beim Personal. Aber tatsächlich glaube ich, dass die Personalstärke nicht die einzige Herausforderung ist, die wir gerade haben. Die Polizei muss bei verschiedenen Krisenlagen fähig sein, gut zu agieren und beispielsweise im Bereich der Cybersicherheit besser vorbereitet sein. Wir brauchen zudem eine Polizei, die bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder Vertrauen gewinnt.

DP: Sie sehen einen Vertrauensverlust?

Marie Müser: Ja, durchaus. Es gibt zum einen immer wieder Angriffe auf die Polizei, verbale und körperliche, und es gibt zum anderen in Teilen der Gesellschaft Vorbehalte gegen die Polizei. Das Erste braucht eine klare Antwort des Rechtsstaates, das Zweite Initiativen, um das Vertrauen zu stärken. Vielleicht kann man so auch für etwas mehr Bereitschaft sorgen, sich in eine Ausbildung bei der Polizei zu begeben.

DP: Ihr Wunsch, dass sich mehr für den Polizeiberuf interessieren, ist aber ohne die Debatte über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes nicht erfüllbar.



Landtagswahlen in Sachsen

Foto: GdPSN

Marie Müser: Grundsätzlich muss man den Polizeiberuf und die Ausbildung noch attraktiver gestalten, indem man mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tut und auch in Besoldungsfragen vorankommt. Aber es würde auch nicht schaden, wenn sich mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger für den Polizeiberuf interessieren würden. Das würde zu noch stärkerer Wahrnehmung der Vielfalt beitragen und würde dann auch mehr Menschen ansprechen.

DP: Die GdP unterstützt eine Initiative des Hauptpersonalrats in Richtung einer Europaklasse, das Ausloben eines Stipendiums für jedes europäische Land, um dadurch eine Bewerberlücke zu schließen und den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Sind Sie dazu Haushaltsverhandlungen bereit?

Marie Müser: Die Idee der Europaklasse finde ich sehr schön und auch als Konzept sehr spannend. Diese Forderung wird von uns klar unterstützt. Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren bewiesen, dass wir bereit sind, auch Geld in die Steigerung der Attraktivität der Polizei zu stecken und dort Prioritäten zu setzen.

DP: Wo lägen Ihre Prioritäten?

Marie Müser: Das ist als Erstes die Verbesserung der Ausbildung der Polizei. Wir tendieren deshalb zu einer Y-Ausbildung und zu mehr Spezialisierung und insgesamt mehr Zeit für Ausbildung und Studium. Aber es geht auch um attraktive Rahmenbedingungen. Ich glaube, wir müssen noch einmal eine intensive Debatte über den Standort Rothenburg führen. Die gegenwärtige Situation ist eher ein Burgfrieden, mit dem keiner so richtig zufrieden scheint. Darüber hinaus braucht es eine finanzielle Wertschätzung für den Polizeiberuf.

DP: Zum Beispiel?

Marie Müser: Da reden wir über das von uns seit Jahren geforderte System der Bezahlung nach Dienstposten. Genauso müssen wir über die Frage der Zulagen noch mal sehr intensiv nachdenken.

DP: Wir sind wieder beim Geld. Die GdP fordert, nicht die Einstellungen in die Ausbildung zum Gradmesser der Per-

sonalentwicklung zu machen, sondern die Prognose der Absolventen am Ende der Ausbildung. Wir reden also darüber, dass wir mehr Haushaltsstellen im Ausbildungsbereich fordern, weil mehr beginnen als beenden. Wären Sie für ein solches Überbuchungsmodell zu haben?

Marie Müser: Ja, da sind wir sehr für zu haben. Und wenn dann mal einer mehr als geplant am Ende die Ausbildung beendet, dann wird man in der sächsischen Polizei schon noch Verwendung für ihn finden. Dazu brauchen wir aber auch Analysen, warum Menschen diese Ausbildung abbrechen. Wir müssen selbstkritisch sagen, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte grundlegende Prüfung der Aus- und Fortbildung der Polizei bisher nur zu Teilen gelungen ist.

DP: Diese unseren Intentionen ausgesprochen zugewandte Antwort ermuntert mich, drei weitere Detailfragen mit Haushaltsbezug zu stellen. 1. Der Polizeipersonalkörper muss verwaltet werden. Wie stehen Sie zu einem proportionalen Anstieg der Verwaltungshaushaltsstellen, wenn der Personalkörper des Polizeivollzugsdienstes ansteigt?

Marie Müser: Das eine folgt logisch dem anderen. Das ist eine Debatte, die wir in den anderen Bereichen genauso führen. Wenn wir mehr Stellen für Richterinnen und Richter in diesem Land schaffen, brauchen wir natürlich auch mehr Urkundsbeamte und Personal in den Geschäftsstellen, sonst läuft der Laden nicht. Bei der Polizei braucht es entsprechend Verwaltungspersonal.

DP: 2. Gute Führung ist wichtig für eine gute Polizei. Die Polizei hat sich intern mal das Verhältnis von 60 % in der Laufbahngruppe 1.2 zu 40 % in der Laufbahngruppe 2.1. gegeben. Wir liegen gegenwärtig bei ungefähr 35 % und höherwertige Haushaltsstellen kosten Geld. Ist Ihnen das Führung wert?

Marie Müser: Ja. Eine gute Führung kostet Geld. Sie müssen ja eine Stellensituation vorfinden, in der Verantwortungsübernahme sich auch widerspiegelt. Wir bräuchten generell eine Neubewertung der Dienstposten der Polizei und Ausgleichszahlungen bei temporärer Übernahme von Führungsaufgaben. Das betrifft zumeist die LG 2.1, aber wir reden auch anteilig über die

LG 2.2. und die Frage, ob bei bestimmten Aufgaben der goldene Stern nicht doch noch stärker eine Voraussetzung sein sollte.

DP: 3. Wir haben den Trend, dass Beschäftigte vermehrt in Teilzeit arbeiten wollen. Wie können wir mit solchen Teilzeitresten haushälterisch umgehen? Uns wäre es am liebsten, wenn die Teilzeitreste im Umfang mehrerer 100 VZÄ zusammengefasst werden und darauf Beamte eingestellt werden können.

Marie Müser: Das ist eine Lösung, der wir uns nicht verschließen. Aber wir müssen auch über die Ausgestaltung nachdenken, weil Personen, die in Teilzeit gehen, einen Rückkehranspruch haben. Das heißt, man wird das nicht mit der vollen Vollzeitäquivalenz tun können, aber sicherlich mit einem Teil.

DP: Zum Schluss der Blick nach vorn. Vor welchen Herausforderungen sehen Sie die sächsische Polizei in den nächsten zehn Jahren?

Marie Müser: Wir sehen ja, dass unsere Demokratie herausgefordert ist. Es braucht für die nächsten Jahre stärker denn je einen starken und funktionierenden Rechtsstaat und eine 4. Polizei, die handlungsfähig ist. Darüber hinaus muss eine Polizei attraktiv für den Querschnitt der Gesellschaft sein, für unterschiedliche Menschen, sodass ausreichend Nachwuchs gewonnen werden kann. Und es kommt darauf an, dass man durch Präsenz vor Ort und Transparenz des polizeilichen Handelns das wechselseitige Vertrauen wieder stärkt. Es braucht die Fähigkeit, vor Ort zu sein, den Willen zum Dialog und auch die Bereitschaft, in den eigenen Reihen kritisch zu sein.

DP: Ich denke, dazu sind wir bereit. Vielen Dank!



Foto: GdPSN
GLV-Mitglied Peer Oehler



BEZIRKSGRUPPE LEIPZIG

Die GdP unterstützt eine DGB-Demonstration im Bereich Nordsachsen

Thomas Neumeier

GdP-BG Leipzig

Am 5. Januar 2024, beginnend um 14 Uhr, fand die Auftaktveranstaltung des DGB Leipzig-Nordsachsen bei den streikenden Kolleg/innen von SRW metalfloat am Standort Espenhain statt.

Bei dieser Firma handelt es sich um einen Schrottreyclingbetrieb, bei dem sich die Mitarbeiter/innen seit 8. November 2023 im Dauerstreik (24/7) befinden. Mit Unterstützung ihrer Einzelgewerkschaft der IG Metall wurde ein Containerbüro am Eingang des Betriebes errichtet, welches ständig besetzt ist. Die meisten der ca. 180 Mitarbeiter/innen folgten dem Streikaufruf. Sie arbeiten für den Mindestlohn und wollen einen Tarifvertrag der IG Metall erkämpfen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten.

Hinter dem Betrieb steht die Scholz-Recycling-Gruppe aus Baden-Württemberg, welche 2016 durch die Chiho Environmental Group Limited übernommen wurde (laut IG Metall Chinas größtes Schrottreyclingunternehmen). Damit sind die Sachsen Bestandteil eines Konzerns, welcher in Honkong sitzt und dessen oberster Chef aus China ist.

Bis zum heutigen Tag gibt es seitens des Mutterkonzerns kein Statement, Angebot oder gar einen Gesprächspartner für die streikenden Menschen vor Ort.

Dem Aufruf folgten alle acht Einzelgewerkschaften! Als Vertreter der GdP war Thomas Neumeier mit vor Ort, welcher auch ehrenamtlich Kreisvorsitzender des DGB Leipzig-Land ist.



Um 14 Uhr begann die Veranstaltung unter Moderation von Manuela Grimm, der Geschäftsführerin des DGB Leipzig-Nordsachsen. Markus Schlimmbach, Vorsitzender des DGB Sachsen, und die stellvertretende Vorsitzende des DGB Sachsen, Daniela Kolbe, meldeten sich zu Wort, ebenso der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig, Steffen Reißig, und der 2. Bevollmächtigte Michael Hecker. Grußworte an die Teilnehmer/innen sprach der Landrat des Landkreises, Helmut Graichen, und der OBM der Stadt Borna, Oli-

Grußbotschaften sind auch per E-Mail an soli-srw@igmetall.de möglich. Ein Spendenkonto ist eingerichtet, mit dem die Streikenden unterstützt werden können:

Empfänger: IG Metall
IBAN: DE 23 5005 0000 0000 0010 40
 (Verwendungszweck Soli SRW)

ver Urban (stellvertretend für andere Bürgermeister/innen der umliegenden Gemeinden und Orte). Vertreter der Politik waren ebenfalls anwesend (Holger Mann, MdB, SPD, und Marco Böhme, MdL, Partei Die Linke), aber auch die Streikenden meldeten sich zu Wort.

Alle Redner/innen zeigten Unverständnis über die Nichtrederebereitschaft des chinesischen Mutterkonzerns, zeigten sich solidarisch mit den Streikenden und sicherten weitere Unterstützung zu, da noch kein Ende des Streikes abzusehen ist! ■

Redaktionsschluss

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen für Ausgabe März 2024 war der 22. Januar 2024, für April 2024 ist es der 19. Februar 2024 und für Mai 2024 ist es der 25. März 2024.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als

Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel/Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



WAS GIBT ES NEUES IM LAND SACHSEN?

Besoldung /Zulagen/Fako Zielzahl der Polizei/ Einstellungszahlen

Hagen Husgen

In der letzten Zeit mache ich mir immer öfter Gedanken darüber, ob sich auch andere Leute Gedanken darüber machen. Hört sich komisch an, beschäftigt mich aber. Nämlich Gedanken darüber, wie wir in ganz Deutschland, insbesondere aber auch hier in Sachsen, zukünftig die Gesellschaft noch zusammenhalten oder wieder zusammenbringen wollen. Die Medien berichten täglich von Unruhen, Spaltereien, von Unzufriedenheit und Schwarzmalerei. Das macht was mit einem. Einen bringt es zum Überlegen und andere lässt es wahrscheinlich kalt. Eiskalt! Und so läuft es mir manchmal auch den Rücken herunter – auf der Suche nach einer Lösung, nach Neuem. Doch nach dem Neuen sucht man in Sachsen oftmals vergebens, weil vieles leider beim Alten bleibt. Auch bei der Polizei. Dabei gibt es so viele Ideen, die man nur mal beim Schopfe packen müsste.

Stichwort Besoldung!

Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 2020 die Idee, dass sich arbeiten auch lohnen muss. Ein Polizist, der zeitig raus muss, erst spät (oftmals zu spät) wieder zur Familie stößt und sich täglich mit Gewalt, Not und Elend konfrontiert sieht, sollte sich fiskalisch von denen abheben, die gerne in den Federn liegen bleiben. Das ist salopp ausgedrückt und auch nicht despektierlich gemeint. Umgesetzt wird die Idee in Sachsen halberzig, vom Sparsamkeitsprinzip getrieben und nicht leistungs- und aufgabenbezogen. Am wenigsten werden die wertgeschätzt, die die Drecksarbeit machen – dafür ist nicht einmal ein Mindestsockelbetrag übrig. Eine Schande!

Stichwort Inflationsausgleich!

Der Gesetzgeber hatte die Idee, die Konsumenten zu entlasten. Nicht nur,

dass diese Idee vor allem für die privaten Arbeitgeber zu gelten schien und sich der öffentliche Arbeitgeber lange Zeit einen schlanken Fuß machte. Egal ob andere Bundesländer bereits Gesetze beschlossen haben, die unter Vorbehalt das Abfedern der Teuerungsraten und die alsbaldige Zahlung des Ausgleichs zum Ziel haben. Nein, in Sachsen spinnt man die Idee noch weiter und versucht mal wieder etwas Großes, etwas Neues – eine Besoldungsreform. Und da sollte der uniformierte Konsument durchaus noch ein Weilchen auf den Ausgleich warten können. Es sind ja nur Peanuts im Vergleich zu dem, was kommen soll. Wohl gemerkt: soll! Genauso wie beim kommenden Punkt.

Stichwort Zulagen!

Die GdP hatte die Idee, weiteren Kolleginnen und Kollegen, die einen undankbaren Job aus einer der 1.000 Möglichkeiten abbekommen haben, eine Zulage zukommen zu lassen. Wir wissen, dass monetäre Wertschätzung nur ein Teil sein kann. Kinderpornografie und planlos wechselnde Dienste sind nur die Spitze des Eisberges. Die Idee gärt nun schon seit Monaten in einer der ministeriellen warmen Stuben und blubbert so vor sich hin – so ähnlich wie die Ausflüchte uns Gewerkschaftern gegenüber. Doch was nutzt eine faire und den Aufgaben entsprechende Bezahlung (wenn sie denn überhaupt irgendwann kommen sollte)? Gar nichts, da wir unseren Job einfach nicht machen können, weil keiner da ist. Solch eine Konstellation nagt an der Substanz eines jeden Einzelnen, bringt Unzufriedenheit in den eigenen Reihen mit sich, weil niemand seinem eigenen Anspruch gerecht werden kann.

Stichwort Personal!

Die Staatsregierung hatte die Idee, den Bedarf des benötigten Personals erheben zu lassen. Eine gute Idee, die aber leider daran krankt, nicht umgesetzt zu werden. Zumindest sind Bedenken in diese Richtung mehr als gerechtfertigt. Denn die Experten haben nicht so richtig verstanden, worum es geht. Auf der einen Seite wird wie auf einem Basar darum gefeilscht, wie viele Stiefelspitzen man sich leisten könne und wie hoch dementsprechend eine Zielzahl sein könnte. Auf der anderen



Foto: GdPSN

Seite werden Pi mal Daumen die Aufgaben und Zahlen in einen Topf geworfen, dreimal geschüttelt, durchs Sieb gegossen und fertig ist die Brühe. Ja, es ist Brühe! Was wir brauchen, ist eine ehrliche Erhebung des Bedarfs in Form einer Mikrobetrachtung der Aufgaben. Und egal, wie viel Geld im Sack ist – die Ansage muss lauten: „Dies ist der Bedarf!“ Anschließend muss man offen dazu stehen und aussprechen, was sich der Freistaat nicht mehr leisten kann; entweder das entsprechende Personal oder die Erfüllung bestimmter und klar zu benennender Aufgaben. Unehrllichkeit und ein Blindflug schaden am Ende nur der Polizei und der Sicherheit. Das Scheitern ist doch vorprogrammiert, wenn viele bereits in der Vergangenheit gemachte Fehler wiederholt und bei der Analyse weggeschwitzt werden, wenn Fakten wie zum Beispiel das Verhältnis Teilzeit-/Vollzeitäquivalente, die laufende Ausbildungs- und Studienreform oder der steigende Bedarf von Personal allein im Innenministerium unter den Teppich gekehrt werden.

Das ist das Neue in Sachsen – altes Denken! Wer den Auftrag hat, die Gesellschaft zusammenzuhalten, sollte dies erst einmal im eigenen Laden in Angriff nehmen. Die sächsische Polizei ist aus meiner Sicht kein Spiegelbild der Gesellschaft, aber sie ist ein wichtiger Teil davon. ■



**UNTERSTÜTZUNGSVEREIN
DER POLIZEI SACHSEN e.V.**



Der Unterstützungsverein der Polizei Sachsen e. V. stellt sich vor

Matthias Lukat

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

hiermit möchte sich Ihnen der Unterstützungsverein der Polizei Sachsen vorstellen.

Aufgrund personeller Veränderungen ist es uns nun gelungen, Mitglieder für diese Ehrenamtsmitarbeit zu gewinnen und einen neuen Vorstand zu berufen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind:

- **Matthias Lukat (Vorsitzender)**
- **Marko Schiemann (Stellvertreter)**
- **Thomas Pfeil (Schatzmeister)**
- **Andreas Brockhagen (Beisitzer)**

Somit ist der gemeinnützige Verein wieder handlungsfähig und kann die zur Verfü-

gung gestellten Fördermittel des Freistaates Sachsen satzungskonform als Hilfsleistung ausreichen. Nicht selten ist die Arbeit der Polizei für die Beschäftigten schwierig und leider kommen dabei auch Kolleginnen und Kollegen zu Schaden. Trotz beamtenrechtlicher und gesetzlicher Versorgungsregelungen sind dem Dienstherrn bei den Hilfeleistungen häufig enge Grenzen gesetzt.

Nach einer medizinischen Behandlung Betroffener bleiben manchmal körperliche und seelische Wunden zurück. Hier setzt unser Unterstützungsverein an und möchte den von Gewalt oder einem erheblichen Schadensereignis betroffenen Kolleginnen und Kollegen bzw. deren Familienangehörigen Hilfe anbieten. Dazu unterscheiden wir grundsätzlich in drei Kategorien der Hilfeleistung, wobei jeder eingereichte Antrag geprüft und bewertet wird.

Nähere Ausführungen finden Sie dazu auf der Homepage des Unterstützungsvereins – www.uvp-sachsen.de – bzw. kann mittels QR-Code abgerufen werden. Wir würden uns freuen, wenn Sie als Leser diese Hilfsangebote im Bedarfsfall abrufen oder Betroffene darüber informieren und Kontakt mit uns aufnehmen. Über die Kontaktadresse können auch weitere Flyer für den internen Bereich bestellt werden. Dem Vorstand ist es eine Herzensangelegenheit, Sie bei Ihrer Arbeit zu unterstützen und einen weiteren kleinen Baustein zur Verfügung zu stellen, sodass die Familie „Polizei“ noch enger zusammenwächst. Bei Rückfragen zu unserer Vereinsarbeit setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung. Sollten Sie an einer kostenfreien Mitgliedschaft oder einer Mitarbeit als Zeichen Ihrer Verbundenheit interessiert sein, würden wir uns über eine entsprechende Mitteilung sehr freuen. ■

Weihnachtsfeier mit der Seniorengruppe der GdP-BG Leipzig

Thomas Pfeffer

Durch den Vorstand der Seniorengruppe Leipzig wurde im vergangenen Jahr die Seniorenarbeit neu aufgebaut. Durch den Weggang der ehemaligen Vorsitzenden entstand erst einmal ein Loch. Bei einer der folgenden Vorstandssitzungen wurde eine Doppelspitze gewählt. Es handelt sich dabei um Eckehard Goudschmidt und Thomas Pfeffer. Weiterhin arbeiten im Vorstand noch sechs Kollegen.

Hauptaufgabe war der Aufbau einer Kommunikationskette zur Verständigung aller Seniorinnen und Senioren. Das gelingt allerdings nur bei denen, deren E-Mail-Adresse bekannt ist. Des Weiteren wird die Organisation verschiedener Veranstaltungen besprochen. So konnten im vergangenen Jahr eine Busfahrt, ein Stammtisch und eine Weihnachtsfeier organisiert und durchgeführt werden. Weiterhin wird eine Beratung bei Fragen in Bezug Heilfürsorge/Beihilfe angeboten. Dieses Angebot ist besonders für ältere Menschen wichtig und wird auch durch deren Angehörige gern angenommen.

Jetzt noch ein paar Anmerkungen zu den vergangenen Veranstaltungen. Über die Busfahrt wurde bereits in der Zeitschrift Deutschen Polizei berichtet.



Fotos: GdP-BG Sen. L

Im November konnte ein Stammtisch bei der Verkehrswacht Sachsen e. V. organisiert werden. Als Erstes wurde die Mitarbeiterin Frau Blümel ein Vortrag über die Arbeit der Verkehrswacht gehalten. Im Anschluss konnten alle Teil-

nehmer ihre Reaktionszeit überprüfen. An einem Simulator konnte weiterhin das Wissen über Verkehrsregeln und Fahrverhalten getestet werden, danach kam es noch bei Kaffee und Stollen zu interessanten Gesprächen.

Im Dezember führten wir unsere Weihnachtsfeier in den Rosensälen durch. Als Erstes ließ es sich unser Polizeipräsident

Herr Rene Demmler nicht nehmen, ein Grußwort an alle Seniorinnen und Senioren zu richten. Weiterhin verabschiedeten wir unseren „Alterspräsidenten“ Eckbert Mai aus dem Vorstand. Er hat ihn mehrere Jahrzehnte aktiv unterstützt. Leider muss er nun aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Als Dank wurde ihm ein kleines Präsent überreicht. Es wurde der Abend auch genutzt, um sich mal wieder intensiv mit seinen alten Kolleginnen und Kollegen zu unterhalten. Wir freuen uns schon auf die nächsten Aktivitäten. ■





PVAG
Die Polizeiversicherung

Graphic: PVAG

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 

Ausbildung erfolgreich absolviert, neue Dienststelle erkundet und was nun?

Wir, die Ansprechpartner der PVAG, möchten dich dazu beglückwünschen und dir für deinen weiteren Weg bei der sächsischen Polizei alles Gute mit auf den Weg geben.

Mit deinem Ausbildungsbeginn hast du dich für die Gewerkschaft der Polizei entschieden und damit eine super Entscheidung getroffen, denn du hattest für die Zeit der Ausbildung eine kostenfreie Rahmenanwartschaft inklusive. Damit dieser hochwertige Versicherungsschutz nicht verfällt, denke bitte rechtzeitig, und zwar innerhalb der nächsten zwei Monate, daran, deinen Vertrauensberater der PVAG zu kontaktieren, um ohne Gesundheitsprüfung diesen Versicherungsschutz auch weiterhin zu erhalten.

Jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt, alle anderen privaten Absicherungen auf den

Prüfstand zu stellen, denn mit der Ernennung zum/zur Polizeimeister/-in benötigst du eine eigene private Haftpflichtversicherung.

In der GdP-Mitgliedschaft ist weiterhin kostenlos enthalten:

- Diensthaftpflicht
- Dienstfahrzeugregress
- Dienstrechtsschutz
- Abhandenkommen von Dienstschlüsseln oder Codekarten
- umfassenden Vergünstigungen bei Kooperationspartnern

Um den richtigen Ansprechpartner zu finden, scanne einfach den QR-Code und kontaktiere deinen Vertrauensberater der PVAG.

Eure
Ivonne Schuster,
Fachberaterin Polizei der PVAG



Photo: PVAG



Gewerkschaft
der Polizei
Sachsen

1. Malwettbewerb für Kinder

Du hast Spaß am Malen und bist zwischen 3 und 12 Jahre alt? Dann mach' mit beim großen Malwettbewerb für Kinder. Die Teilnahme lohnt sich: Unter allen Einsendern verlosen wir drei tolle Preise!

Das Motto unseres ersten Malwettbewerbs lautet: Polizei zur Frühlingszeit

Bist du auch im Polizei-Fieber? Kein Wunder, der Polizeiberuf ist faszinierend. Eine Verbindung von Abenteuern, heldenhaften Taten und dem Schutz von Menschen und Ordnung. Ob für Groß oder Klein ist es faszinierend spannende Abenteuer zu erleben, Verbrechen zu lösen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Das Polizeiauto, die Uniform, das Equipment und die geheimnisvolle Aura, die den Polizisten umgibt und die Frage: Welchen Einsatz haben sie wohl heute erlebt?

Jetzt bist du dran! Wir freuen uns auf deine Bilder!

Alles, was du noch wissen musst:

Teilnehmen dürfen Kinder zwischen 3 und 12 Jahren. Die Bilder sollten im A4 Format sein. Bitte schreib auf die Bild-Rückseite deinen Namen und dein Alter. Mit der Einsendung deines Bildes erklärst du dich einverstanden, dass wir dein Bild in der Geschäftsstelle aufhängen dürfen und im Fall des Gewinns dein Bild in der DP Zeitung und auf unseren Social-Media Kanälen mit deinem Vornamen und deinem Alter zu veröffentlichen. Bitte teile uns auch die Kontaktdaten deiner Eltern mit, damit wir euch erreichen können.

Der Einsendeschluss ist am 15.06.2024. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Sende dein Meisterwerk gleich per Post an:

Gewerkschaft der Polizei Sachsen e.V.
Thema: Malwettbewerb
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf





BEZIRKSGRUPPE DRESDEN

Vorhaben der Seniorengruppen in der BG Dresden für 2024

Elke Hatz

Vorsitzende der BG Dresden

Die BG Dresden hat sich im Januar 2024 neu strukturiert und besteht jetzt aus vier Seniorengruppen.

- **Gruppe Ost** – Bereich Sebnitz, Pirna und die dazugehörigen Ortsteile
- **Gruppe Süd** – Bereich Dippoldiswalde, Freital und die dazugehörigen Ortsteile
- **Gruppe West** – Bereich Dresden gesamt
- **Gruppe Nord** – Bereich GRH, RIE, MEI, Coswig ... und die dazugehörigen Ortsteile

Der Hauptverantwortliche für die Senioren der BG Dresden ist **Steffen Theurich**. Er ist erreichbar unter (0152) 22676924 oder stheurich@primacom.net. Er hilft bei Fragen weiter und kann auch an die Ansprechpartner der jeweiligen Gruppen vermitteln.

Termine der BG Dresden Gruppe Nord

- **24.04.2024** Tour im Zoo Dresden (Blick hinter die Kulissen). Eintritt 10 € und Führung ca. 5 € (TN-Zahl begrenzt)
- **15.05.2024** Bergwerk Freital Eintritt ca. 5 €

Bitte um Voranmeldung für die Veranstaltungen.

Mögliche weitere Veranstaltungen:

- Besuch Industriemuseum Chemnitz
- Besuch Gläserne Manufaktur Dresden
- Besuch Feuerwehrmuseum Zeithain
- Besuch Dresdner Whisky Manufaktur

Für diese Veranstaltungen werden noch Kollegen gesucht, die diese vorbereiten und organisieren. Neue Vorschläge für Zusammenkünfte sind immer willkommen. Bitte um Voranmeldung für die Veranstaltungen.

Termine der BG Dresden Gruppe West

- **24.04.2024** Treffen im Gasthof „Zur Post“ 16 Uhr Infoveranstaltung für Ausflug im Mai
- **25.04.2024** Kegeln im Gasthof „Leubnitzer Höhe“ 10 Uhr mit anschl. Mittag
- Im Mai oder Juni Tagesausfahrt Wörlitzer Park oder Spreewald
- **11.09.2024** Treffen im Gasthof „Zur Post“ 16 Uhr



Termine der BG Dresden Gruppe West (alt: Ost)

- **März** Frauenkirche
- **April** Botanischer Garten Schellerhau
- **Mai** Königsbrücker Heide
- **Juni** Eliasfriedhof
- **September** Kleine Sächsische Schweiz

Es werden auch einzelne Veranstaltungen durchgeführt. Wer Interesse hat, mit dabei zu sein, darf sich gerne melden. ■



„Starke Frauen schützen und unterstützen – nicht nur heute, sondern jeden Tag. Danke für euren Einsatz und eure Stärke!“

In diesem Sinne wünscht das Redaktionsteam und die gesamte GdP Sachsen den Frauen alles Gute zum Weltfrauentag!





INFO-DREI

Zulage wegen Kinderpornografie in ...

... Thüringen

In den zurückliegenden Jahren haben sich die Fallzahlen von Ermittlungsverfahren zur Herstellung, Verbreitung, dem Erwerb und Besitz von Kinderpornografie bundesweit mehr als versechsfacht. Diese Entwicklung ist überwiegend auf die Arbeit der US-amerikanischen Organisation NCMEC zurückzuführen. 2023 wurden in den LPI Gera und Nordhausen die meisten NCMEC-Meldungen erfasst.

Mit der Novelle der ThürEZulV vom 2. Juni 2020 erhalten Polizeivollzugsbeamte gemäß § 18 eine Zulage in Höhe von 50 Euro monatlich, wenn diese an mehr als der Hälfte ihrer Arbeitszeit mit der Bearbeitung von Kinder- und Jugendpornografie befasst sind. Mit der Zulage soll dem weit über die Besonderheit des Kriminal- und Ermittlungsdienstes hinausgehenden psychischen Belastungen und stressfördernden Arbeitssituationen Rechnung getragen werden.

In Anbetracht der physischen und psychischen Belastungen ist eine Zulage auch für in diesem Bereich tätige Tarifbeschäftigte in gleicher Höhe angezeigt. Sie existiert gegenwärtig nicht. Die Landespolizeidirektion hat bei der Ermittlung der Tätigkeiten von Beschäftigten, welche im Bereich von NECMEC-Verfahren zur digitalen Unterstützung der Polizeivollzugsbeamten eingesetzt sind, festgestellt, dass diese Tätigkeiten der Entgeltgruppe 6 zugeordnet werden können. Eine entsprechende Ausschreibung als sog. „Bürosachbearbeiter/in KPI – Digitale Ermittlungsunterstützung“ erfolgte für alle sieben Kriminalpolizeiinspektionen im 4. Quartal 2023.

Durch das Behördliche Gesundheitsmanagement werden in Zusammenarbeit mit der Supervisorin des TLKA Supervisionsangebote unterbreitet. Darüber hinaus wurden Gefährdungsbeurteilungen für die Arbeitsplätze der Sachbearbeitung von Sexualdelikten mit entsprechenden Maßnahmen und Empfehlungen erstellt. Neben Supervisionsangeboten werden u. a. auch Resilienztrainings angeboten.

Marko Dähne

... Sachsen

Im Zuge der Änderung der Sächsischen Erschwerniszulagen und Mehrarbeitsvergütung wurde eine neue Zulage für Polizeivollzugsbeamte, die mit der Bekämpfung von Kinder- und Jugendpornografie befasst sind, vorgeschlagen. Hierfür kämen Mitarbeiter in Betracht, die ausschließlich oder ganz überwiegend (mindestens 75 %) mit der Sachbearbeitung von Ermittlungsverfahren solcher Delikte befasst sind. Im LKA müssen die Mitarbeiter der Kost. Kinderpornografie im Dez. 31/1 (KoSt Kipo) und die Mitarbeiter der Internet- und Netzwerkforensik im Dez. 31/5 täglich Bilder und Videos bewerten, die u. a. den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zeigen. Daraus resultiert eine besondere psychische Belastung für die Mitarbeiter. Diese entsteht durch die Intensität der Handlungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen und durch die Menge der zu bewertenden Dateien. Hier liegt der Anteil der Arbeitszeit, der hierfür aufgewendet wird bei mehr als 75 %. Bisher wird den gesundheitlichen Risiken durch das Angebot von Supervisionen begegnet, um psychische Belastungen zu erkennen. Durch professionelles Coaching, Methoden der Stressprophylaxe und Stressbewältigung wird versucht, gesundheitliche Risiken zu vermeiden. Aufgrund einer fehlenden Rechtsgrundlage gab es bisher keine Möglichkeit, den Ermittlern/Auswertern bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie eine Erschwerniszulage zu gewähren. Aus Sicht des Landeskriminalamtes sollte den Mitarbeitern, die ganz oder überwiegend (mindestens 75 %) mit der Sachbearbeitung von Ermittlungsverfahren der Kinder- und Jugendpornografie beschäftigt sind, eine Zulage gewährt werden, um ihnen einen Ausgleich für die besonderen psychischen Belastungen bei der Arbeit zu schaffen. Als GdP setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen in dem Bereich ein. Hier ist noch viel möglich, mit Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen.

Christin Gerull

... Sachsen-Anhalt

Die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt ist eine Primäraufgabe der Landespolizei Sachsen-Anhalts. Eine permanente Bearbeitung von Kinderpornografie und Missbrauchsdelikten erscheint potenziell gesundheitsgefährdend und hier muss unseres Erachtens auch die Fürsorgepflicht gem. PDV 100 des Dienstherrn vollumfänglich greifen. Einhergehend mit den an die Tätigkeit geknüpften Belastungen fällt es den mit der Bekämpfung der Kinderpornografie ermittelnden Polizeivollzugsbeamten und -beamten schwer, nach arbeitsreichen Ermittlungen die Bilder aus den Köpfen zu bekommen.

Hier werden die Ermittlungspersonen mit Situationen konfrontiert, die zu Alpträumen oder zu selbstschädigendem Verhalten führen können. Es kann sein, dass man nicht mehr in der Lage ist, das Gesehene zu bewältigen, das führt zu einer Hilflosigkeit, die seelisch und körperlich beeinträchtigend sein kann. Aus diesem Grund finden in dem sachbearbeitenden Bereich unter anderem auch flankierend zu dieser Tätigkeit eintägige und mehrtägige Supervisionen statt. Eine finanzielle Zulage allein kann die physischen Folgen in diesem Arbeitsbereich nicht ausgleichen, aber es wäre zumindest ein Anfang für die erforderliche Wertschätzung aus Respekt gegenüber der geleisteten Arbeit der dort Beschäftigten.

Des Weiteren muss der Personalkörper weiter gestärkt werden, um die Möglichkeit zu schaffen, dass der betreffende Personenkreis Rückzugsräume erhält und sich Auszeiten vom Dienst nehmen kann. Es ist die Hauptaufgabe des Dienstherrn, so viele wie möglich der belastenden Rahmenbedingungen, die in seinem Wirkungskreis liegen, zu minimieren. Die GdP LSA unterstützt weiterhin die Forderung der Einführung einer angemessenen Erschwerniszulage für KIPO-Ermittlungen. Dabei darf es in der Folge aber nicht bleiben! Andere belastende Tätigkeiten dürfen ebenso nicht außer Acht gelassen werden.

Der Landesvorstand